

Die Vorgänge im nordwestlichen Argentinien.

Die Art, wie Europa mit Nachrichten aus anderen Erdtheilen versehen wird, ist zum Theil nichts weniger als mangelhaft. So verlorst neulich die 'Independencia' in einer Korrespondenz, welche wir unsern Lesern nicht haben vorenthalten wollen, ein Kurier aus Patagonien, das eine große Niederlage gemeldet, welche die argentinischen Truppen durch die Indianer des Nordens erlitten hätten. Gestern wurde nun die ganze für beunruhigende Schreckensmärkte durch eine verständliche und glaubwürdige Nachricht widerufen, welche der kaiserlichen Geographischen Gesellschaft aus dem argentinischen Cordoba — unsern Lesern ist diese Gegend durch die Spielberg'sche Darstellung bekannt — zugegangen ist. Wir wiederholen die Nachricht aus der gelirigen Zeitung, um sie zu erläutern.

Die Expedition nach dem Gran Chaco ist glücklich durchgeführt worden. Zwei Detachements zogen von Salta resp. dem Paraguay aus den Fluß Bermejo ab- und aufwärts und trafen sich bei der Hälfte des Laufes, in der Campalga. Andere Abtheilungen, meistens nur 60—100 Mann stark, durchzogen das Territorium von Südost nach Süd, während ein stärkeres Corps zwischen dem Bermejo und Pilcomayo landeinwärts vorzogen. Die Indianer wichen überall aus; am Bermejo wurden Forts errichtet. Die ganze Expedition, welche unter der persönlichen Leitung des Kriegsministers General Victoria stand, währte nur 2 1/2 Monate.

Am Jahre 1879 hatte General Roca, damals Präsidentenstandsland, einen Feldzug gegen die Indianer im südlichen und südwestlichen Argentinien unternommen. Derselben wurden größtentheils getödtet oder gefangen und der Rest über den Rio Negro nach Patagonien und in die Cordilleren juridgeworfen, dagegen blieben die uns besonders interessirenden Provinzen Santa Fé am Rio Paraná und Rio Salado und das westlich von ihm gelegene Cordoba, von welschem vor allem das erstere große und blühende deutsche und schweizerische Kolonien hat, den Raubzügen der Wilden ausgesetzt. Die Zahl des Viehes, welches jährlich in den Gran Chaco, das pampas-, wald- und steppenreiche Land bis zum Pilcomayo und der bolivianischen Grenze hinauf, entführt wurde, war ungeheuer. Die Schutzmäßigkeiten der Regierung waren ganz unzureichend; nur so weit die Kolonisten sich selbst Recht und Gerechtigkeit schafften, ward ihnen bedes zu theil. So wurde noch vor zwei oder drei Jahren ein Raubzug von der überwiegend schweizerischen Kolonie Rancho aus unternommen, in dem Chaco 700 Indianer des Landes gefangen worden sind. Erst in der letzten Hälfte des vorigen Jahres hat sich die Regierung ausgesprochen. Von den in der obigen Depesche genannten Flüssen, welche, wie wesentlich aus dem Salado, südlich zum Paraguay, bzw. Paraná fließen, ist der Pilcomayo der erste, der Bermejo der zweite; der Rio Salado folgt erst in größerem Abstande. Salta, am obersten Salado an den Vorhöfen der Anden gelegen, wird als der eine, der Paraguay als der andere Ausgangspunkt bezeichnet. Wenn es wirklich hier ebenso wie im Süden gelungen ist, den Feind jenseit bis zu den zwanzig Tagesreisen weit von den Grenzen des in Anbau genommenen oder auch für Viehhöfe- und Schafzucht verwendeten Gebietes zu verdrängen, so ist damit die Lage der vorgeliebten Provinzen gewaltig gebessert.

S. das vortheilhafte Buch von Heuser 'Drei Aufzüge bei der argentinischen Auswanderung nach den argentinischen Provinzen Buenos Aires, Santa Fé und Entreos. Zürich, Orell, Büssli & Co. 1885.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.) 6. Legislatur-Periode. 1. Session. 51. Sitzung vom 17. Febr.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher, v. Burchard, v. Scholz, v. Büttner, v. Wächter, v. Wedell-Wiesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Eingegangen ist der Bericht des Reichskommissars für das Auswanderungswesen für 1884.

Urtel Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des vom Abg. v. Kardorff gestellten Antrages (Sperregeleß), wonach der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, die Sperre- u. Hölle fortzu lassen nach Bewilligung in zweiter Lesung in Kraft treten zu lassen.

Abg. Frhr. v. Dm (Reichspartei) bezeichnet das Gesetz als nicht weitgehend genug und behält sich einen Antrag auf weitere Ausdehnung des Gesetzes für die zweite Lesung vor.

Abg. Strudmann: Ich glaube, daß auch die Gegner der Zollvorlage, die gegen die Zollvereinbarung mit mir geschlossen haben, einstimmig für dieses Sperregeleß sich entscheiden können. Ich möchte hierbei an die Regierung nur die Bitte richten, daß sie die Häuten, die die pöbliche Zollhebung mit sich bringt, möglichst abzufühnen suchen. Es sind doch zahlreiche Viehwirtschaften unter der Herrschaft der alten Zolltarife und mit Berücksichtigung der alten Zertifikate für die nächste Zeit abzuföhnen worden. Wir werden einen die Frage betreffenden Antrag bei § 3 der Zolltarif-Novelle einbringen und empfehlen ihn schon jetzt Ihrer Zustimmung.

Bundesratsmitglied Minister v. Scholz: Ueber die Vortheile und Nachtheile eines Sperregeleßes ist bereits 1879 vielfach diskutiert worden, man ist inwischen sich darüber klar geworden, daß es wirklich ein Mittelgeleß ist. Nach der Meinung, die ich nach dem Durchgange der Waareneingänge angeheißelt habe, erhebt sich, doch wenn wir nicht überren, wir einen Zollverlust haben für den Rest des Jahres von 600,000 M., für März von mehr als 2 Millionen, für April von etwa 1 1/2 M., für Mai von fast 4 Mill. Es ist wohl hier im Hause für dieses Sperregeleß eine günstige Stimmung vorhanden und ich hoffe, diese günstige Stimmung noch zu vermehren durch die Zahlenangaben, die ich gemacht habe. Wenn Abg. Strudmann gewünscht hat, daß man die bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge diesen neuen Zolltarife nicht unterliegen möge, so ist doch zu bedenken, daß die jetzige Zollhebung schon für längere Zeit im Geschäftsbetriebe und an den Wären distrikt wird, so daß der Einbruch das Geschäft weder unvorberetret getroffen, doch nicht berechtigt ist.

Abg. Klemm (Konf.) tritt für den Antrag des Abg. von Kardorff ein.

Abg. Richter: Ich hätte dem Redner auf seine Ausführungen vielleicht etwas erwidern können, wenn ich ihn verstanden hätte. — Der Herr Finanzminister hat auf das Sperregeleß von 1879 exemplifizirt — aber das damalige Gesetz betraf doch nicht Sperregeleße. Die Viehe haben vom Sperregeleß ausgeschlossen, so man hat sogar die neuen Sperregeleße erst 6 Monate nach der Einführung in Kraft treten lassen. Der finanzielle Vorteil für den Staat, von dem der Finanzminister gesprochen hat, kann nicht den Ausschlag geben, außerdem sind die Zahlen nicht zutreffend.

dem die Einfuhr wird sich infolge der Zollherabsetzung doch vermindern, jedoch noch höherer Zölle doch ein milder Zollbetrag für den Staat erworben wird. Man hat von Getreidebesitzern allerdings im Hofraum gekußt, aber man kamte die Höhe der Zölle nicht und vor allem, man konnte sich doch nicht vorstellen, daß der von der Regierung vorgezogene Roggenzoll von 2 M. hier auf 3 M. erhöht werden würde. Ich bedauere, daß Abg. Strudmann seinen Antrag nicht höher zur Zolltarif-Gesetz eingebracht hat, denn hier geht er doch eigentlich hin. Auch glaube ich, daß wir in die zweite Lesung des Sperregeleßes gar nicht eintreten können, bevor nicht die Hölle, auf die das Sperregeleß sich erstrecken soll, in zweiter Lesung erledigt ist.

Minister v. Scholz: Es kommt bei dem Sperregeleß allein darauf an, daß der Zweck des Zolltarifs erreicht wird und daß ihm nicht noch Monate lang diametral entgegen gehandelt wird. Abg. Richter hat die Wichtigkeit meiner Forderung bemängelt. Ich gebe zu, daß die Zahlen nicht genau zutreffen, aber doch annähernd. Es handelt sich um einen Zollbetrag von etwa 7 Millionen Mark und da so Vieles auf die getreide Sparmaßs hier hingewiesen wird, so kann die Summe nicht unterschätzen. Die zweite Lesung des Sperregeleßes hinauschieben, würde eine Beeinträchtigung des Effektes sein, wie ich sie großer nicht denken kann.

Abg. Dr. Windthorst: Die Rothwendigkeit eines Sperregeleßes wird niemand bestreiten wollen; aber bereits abgeschlossene Verträge müssen getreide bleiben. Man schädigt sonst eine ganze Reihe von Leuten, die in bestem Glauben gehandelt haben; die Interessen dieser Leute möchte ich getreide zu sehen. Ich werde daher einen Antrag einbringen, daß für Verträge, die noch vor dem 1. Febr. abgeschlossen sind, der höhere Zolltarif noch zu gelten hat. Die Einmuth, daß die Ausführung einer solchen Vorrichtung unzulässig wäre, ist nicht zutreffend: ich würde als Termin den 1. Febr., weil am 2. Febr. die Beratung über den Zolltarif hier im Hause begonnem hat. Wir können nicht verlangen, daß das Publikum wissen soll, daß für Verträge, die vor dem 1. Febr. abgeschlossen sind, der höhere Zolltarif, wie hoch der Zoll sein würde. Ich würde nicht in der Lage sein für das Gesetz zu stimmen, wenn dadurch wogernordene Rechte geschädigt werden.

Minister v. Scholz wiederholt, daß die Zollbehörden ohne großen Apparat nicht im Stande sein werden, den Anordnungen, die die Anträge der Abg. Strudmann und Dr. Windthorst stellen, zu genügen.

Abg. Brömel: Es hat, seit die Getreidezölle auf der Tagesordnung stehen, sich zweifels die Spekulation des Getreides bemächtigt und diese Spekulation hat selbst jetzt ein Interesse an dem baldigen Inkrafttreten des Sperregeleßes. Wenn nun rechtlich auch die Abg. Strudmann und Dr. Windthorst nicht geltend werden kann, so darf dieses Gesetz doch nicht ohne die Kante geschaffen werden, die Abg. Dr. Windthorst gewünscht hat.

Abg. Graf zu Stolberg-Berninger erklärt, daß die konservative Partei sich nicht den Anträgen des Abg. Strudmann und des Abg. Dr. Windthorst anschließen könne, dagegen in zweiter Lesung für den Antrag des Abg. v. Dm stimmen werde.

Abg. Scipio (Nationalist) tritt für den Antrag des Abg. Dr. Windthorst ein.

Abg. Richter: Das Sperregeleß ist auf mehrere Pollobjekte ausgedehnt, deren Zolltarif wir noch gar nicht bewilligt haben. Bevor wir deren Höhe der Zollhöhe nicht kennen, können wir und doch nicht entscheiden, ob wir das Sperregeleß nicht geltend eintreten lassen sollen oder nicht. Ein Unterchied im Effekt wird außerdem keineswegs dadurch hervorgerufen, wenn wir die zweite Lesung des Sperregeleßes noch hinauschieben.

Abg. Dr. Windthorst: Mein Antrag ibrich aus, daß nur vollständige Ausgeschlossen sein sollen, aber von dem 1. Febr. 1885 nach dem 1. Febr. abgeschlossen sind. Ich würde nicht zugeben, daß ich doch also jede Schwierigkeit ausgeschlossen. Mein Antrag verliert natürlich so insofern ihre Wirksamkeit, sobald das Sperregeleß, das doch nur ein transitorisches ist, aufhört. Man hat dann auch getreide, eine solche Bestimmung könne zu Schwierigkeiten führen, das geht mit hoch ab, wenn eine Bestimmung und außerdem haben wir noch auch noch Strafbestimmungen.

Die erste Beratung wird geschlossen.

Ein Antrag des Abg. Richter, in die zweite Beratung heute nicht einzutreten, wird gegen die Stimmen der Freireiigen abgelehnt, das Haus tritt in die zweite Lesung ein.

Abg. Brömel referirt über die eingegangenen Petitionen.

Abg. Richter beantragt, das Sperregeleß nicht auszudehnen auf Raps, Rübsamen und Moh. Man sollte doch mit solchen Sperregeleßregeln nur dort eingreifen, wo es sich wirklich um die Gefahr einer großen Spekulation handelt, aber nicht mit solcher Rücksichtslosigkeit vorgehen, bloß weil eine agrarische Gesellschaft glaubt, aus Geld zu werden. Man sollte sich nicht so sehr über den zu bezurren, wo es wirklich nötig ist. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Dm: Ich bitte Sie, den Antrag des Abg. Richter nicht anzunehmen, Raps und Rübsamen sind Artikel, auf die sehr wohl eine große Spekulation sich richten kann. Die Behauptung, die Abg. Richter gegen die Agrarier, also gegen die Mehrheit der Reichsversammlung, ich mit Stolz und Entrüstung hiermit zurück zu beifall rechts.

Abg. Brömel: Raps und Rübsamen sind von hoher Bedeutung mit Rücksicht auf den Export des Nüßels. Wird jetzt mit einem Schläge für Raps und Rübsamen ein höherer Zoll eingeführt, so machen Sie die Rübsamendustrie exportfähig und machen einer großen Industrie den Garaus.

Abg. Richter: Mit dem Stolz ist eine lächerliche Sache, wenn er das Kleinliche wolkewüthiger Kräfte ist, nicht aber wenn er mit Anträgen verhandelt, die die den Antragsteller auf Kosten der Armen begünstigen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Willwacher (Reichspartei) beantragt das Sperregeleß auch auf Raps und Rübsamen auszudehnen.

Staatssekretär v. Burchard: Ich wundere mich, daß Abg. Richter heute gegen ein Sperregeleß auftritt, dem er 1879 zugestimmt hat. Der Herr Abgeordnete ist im Irrthum, wenn er von einer großen Ausdehnung des Sperregeleßes spricht, es soll doch die Sperre nur eintreten, eine Zollherabsetzung vorliegt. Die Schädigung der Rübsamendustrie von der Abg. Brömel sprach, ist doch nicht zu erwarten, wenn der Antrag des Abg. Dr. Windthorst angenommen wird.

Abg. Richter: Der Wortlaut des Sperregeleßes läßt doch vernehmen, daß die Sperre auf weitere Artikel ausgedehnt werden soll, als auf Getreide, die im Zollgesetz sind.

Abg. Brömel (Nationalist) tritt für den Antrag des Abg. Dr. Windthorst ein, das Sperregeleß, die nachweisbar vor dem 1. Februar abgeschlossen sind, von dem Sperregeleß nicht getroffen werden sollen. Ohne diese vom Abg. Dr. Windthorst vorgezogene Maßregel würden zahlreiche Geschäftsleute, die gegenwärtig Vieles zu zahlende von Centnern Getreide auf dem Meere hinweg haben, sehr schmerzliche Verluste zu erleiden haben. Wir werden daher heute den Antrag Windthorst zumitumen und bitten Sie, auch den Antrag Strudmann zur Zolltarifnovelle anzunehmen zu wollen.

Abg. Löwe (Freil.): Ich kann dem Redner gehören Ausführungen nicht nur anschließen. Es haben große Befürzer, die von den zu erwartenden Zöllen Kenntnis hatten, große Gewinne aus Verträgen gezogen. Wenn Sie nun den Antrag des Abgeordneten Dr. Windthorst nicht an, so hat der Händler, der von der zu erwartenden Zollherabsetzung nichts wußte und mit dem Befürzer kontrahirt hat, die höheren Zölle zu zahlen. Das interessiert auch Ihre Politik! (Warm rechts.)

Abg. v. Wedell-Wiesdorf und Gen. beantragt, das Sperregeleß, die vor dem 15. Januar abgeschlossen sind, von dem Sperregeleß ausgeschlossen zu werden.

Abg. Frhr. v. Franckenstein erklärt sich mit dem Antrag einverstanden.

Staatssekretär v. Burchard wiederholt, daß die interessirten Kreise doch von der beabsichtigten Zollherabsetzung gewußt haben müßten. Ein vorläufiger Geschäftsman hätte doch also diese Konjunktur in seinen Verträgen berücksichtigen müssen.

Der modifizierte Antrag des Abg. Dr. Windthorst — Lieferungsverträge, die vor dem 15. Januar abgeschlossen sind, von dem Sperregeleß ausgeschlossen — wird einstimmig angenommen.

§ 1 wird mit dieser Modifikation um mit der Einführung des Abg. v. Willwacher entsprechende Erweiterung angenommen, ebenso ohne Diskussion die §§ 2 und 3.

Bei § 4, der die Bestimmung aufweist, daß die mit mehr als 15 Centnern vom Centner belegten Erzeugnisse solltet sein, betont Abg. Richter, daß besonders die Erzeugnisse unter dieser Bestimmung sehr zu leiden habe, und daß vor Allem doch die schädliche Regierung dagegen Einpruch hätte erheben müssen.

Abg. Hartwig (Konf.): Wir in Dresden, die bei dieser Sache am meisten theilhaft sind, sind über die Sache gar nicht bewußt, abgesehen etwa von dem Bestimmungspunkte des Herrn Richter.

Abg. Richter: Ich danke dem Redner, daß er seine Freunde ausgenommen hat. Ich glaube, daß aber die lokalistischen Herren in Sachen, das bald ein sozialistisches Mutterland werden dürfte, gleichfalls nicht die Ansicht des Herrn Hartwig theilen dürfte.

Abg. Vebel: Ich befreite Herrn Hartwig das Recht, von ganz Dresden zu sprechen. Ich habe als Gegenstand des Herrn Hartwig gegen Raps- und Schafzuchtsteuer wie gegen jede Steuer nicht erklärt und habe trotzdem 10,000 Herr Hartwig 12,000 Stimmen erhalten.

Abg. Richter: Der Herr Vebel so viel Stimmen erhalten hat, verdient er wohl den Freunden des Herrn Richter, die mit ihm Arm in Arm zur Wahl gegangen sind. Die Steuer, um die es sich handelt, trifft gar nicht die Aermsten in Dresden, sondern allein die begüterten Klassen.

Die Abgeordneten (Konf.) und Schiert (Reichspartei) treten bei der Unterbrechung gegen den Abg. Richter bei.

Abg. Vebel: Wie wenig man in Dresden mit dem gegenwärtigen Steuermodus einverstanden ist, wie wenig die beiden Vorredner also recht haben, zeigt der Umstand, daß Stadtvorstand und Stadtrat von Dresden sich schon seit langer Zeit wegen einer Veränderung in den Steuern legen.

Abg. v. Richter (nat. lib.) führt aus, daß in Nürnberg dieses Zoll ohne die erhoben wird.

Abg. Richter: Es freut mich, daß ich die Vertreter aus Sachen etwas beunruhigt zu haben scheint. Am übrigen weiß ich, daß die Konterpartien in Sachen einen schmerzlichen Stand, das sehr hochgeleitete Herren in Dresden schon für Herrn Vebel gegen die Steuer von 3 M. und Herr Hartwig. Die Herren doch sind also wandelbar in ihren Anschauungen und so hoffe ich denn, daß sie endlich auch einsehen werden, daß die Aufhebung der Maßsteuer eine Grenzlinie ist. (Beifall links.)

Abg. Singer ibrich die Hoffnung aus, daß Städte die Mühselig und andere, die noch die Hölle haben, zu der einstimmigen Annahme werden, daß sie ihre Behörde aus der progressiven Einkommensteuer, nicht aber durch die Vertiefung des Brotes des armen Mannes befreiten.

Abg. Wernemann (Konf.): Wenn wir in Dresden unsere Verhältnisse ändern wollen, so wird Abg. Richter der letzte sein, den wir um Rath dahin fragen. (Beifall rechts.) Die Herren auf der linken Seite es, von Zeit zu Zeit einen kleinen schädlichen Krieg anzuzetteln.

Abg. Hartwig erwidert dem Abgeordneten Richter daran, daß nicht allein in Dresden sämtliche Einkommensteuern erhoben werden. Wenn Abg. Richter in Bezug auf mich gelobt hat, ich hätte für Herrn Vebel bestimmt, so hat er heute entschieden die Hand abgeworfen, und neulich in Bezug auf Herrn Hartwig (Große Partei) die Dresdener Handelskammer kam erziehen, daß meine Versicherung über Pumpenrichtig ist (Vizepräsident v. Franckenstein tritt dem Redner zur Sache, da dies erfolgreich, zur Ordnung.)

Abg. Richter: Das Herr Hartwig für den Abg. Vebel angenommen hat mit Herr Vebel selbst erklärt (Abg. Richter ist richtig!) Die Herren haben damals sehr freundschaftlich (Geheißer!) Abg. Klemm hat doch angefangen und nun sind alle Sachen plötzlich ungemüthlich, wenn man von ihnen spricht. (Geheißer!) Meine Partei in Sachen —

Vizepräsident v. Franckenstein: Abg. Richter, Sie entziehen sich wohl zu weit von der Sache.

Abg. Richter: Das gebe ich zu, aber die Sachen haben angefangen. (Geheißer!)

Die Diskussion wird geschlossen, § 4 und das Sperregeleß angenommen.

Das Haus tritt sodann in die Fortsetzung der zweiten Lesung des Gesetzes ein.

Abg. Brömel beantragt, hinter der Zollbestimmung für Roggen folgende Bemerkung beizufügen: 'Die Erhöhung des Roggenzolltarifs tritt nach Ablauf des deutsch-spanischen Handelsvertrages vom 9. August 1883 in Kraft.'

Hauptmann Abg. Brömel den Antrag eingehend erörtert hat, beifall links bei dem Haus.

Richtige Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. L-D: Getreidezölle. Schluß 5 Uhr 15 Min.

Brennführer Landtag.

(Bericht der Saale-Zeitung.) Abgeordnetenthaus.

21. Plenar-Sitzung vom 17. Febr.

Am Ministertische: Raybach, Vizepräsident v. Diller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Die zweite Beratung des Etats der Eisenbahnenverwaltung. Bei Kap. 23, Tit. 16 (Erneuerung des Oberbaus 6,242,000 M.) monit

Abg. Wülfertmann, daß die Breite für Schienen mit 145 M. zu hoch gewählt ist, die Koalition der inländischen Schienenfabrikanten eine hier einen verwerthlichen Einfluß.

Ministerdirektor Schneider: Die Behauptung des Wülfertmanns man kann als richtig nicht annehmen. Es wird seitens der Verwaltung den inländischen Fabrikanten kein Vorzug eingeräumt, die ausländische Konkurrenz wird zur Substitution eben so zugelassen wie die inländische. Wenn das Ausland in letzter Zeit bei diesen Substitutionen nicht zurück hat, so liegt das wohl eben daran, daß die Breite der inländischen Schienenfabrikanten geringer sind als bei den ausländischen. Von der Koalition der Schienenfabrikanten haben wir bisher keine Nachrichten gehabt, die Verwaltung hat somit keine Veranlassung, von ihrer bisherigen Praxis abzugehen. Die Regierung wird sich weitere Vortheile darüber nicht machen lassen.

Abg. Berger führt aus, daß es jedenfalls besser sei, die höheren Breiten der inländischen Fabrikanten zu zahlen, als von der ausländischen Konkurrenz zu billigeren Preisen, aber weniger gut zu laufen.

Abg. Wülfertmann: Es wäre mit doch interessant zu erfahren, ob der Vorredner den Breiten von 145 M. für Eisenbahnschienen für angemessen hält. Wenn der Herr Ministerdirektor sagt, die Regierung läßt sich keine Vortheile machen, so ist natürlich jede Diskussion an. Ich habe im Interesse der Eisenbahnenverwaltung diese Sache angezettelt und hätte gewünscht, daß der Regierungsdirektor einen anderen Standpunkt, als es gelungen, eingenommen hätte.

Ministerdirektor Schneider erwidert, die Eisenbahn-Ver-

